

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	27.05.2021
Federführend	AG Wahlen

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

01.06.2021

Betreff:

**Vorlage Nr. AT 54/2021 - Wahlplakatierung
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Antwort der Verwaltung:

Mit Wahlwerbung präsentieren Parteien sich und ihr politisches Programm, um zur Meinungsbildung des Volkes im Rahmen des demokratischen Prozess der Wahlen mitzuwirken. Die Wahlwerbung ist gesetzlich nicht geregelt. Die grundsätzliche Möglichkeit der Wahlwerbung wird jedoch geschützt durch Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz (GG) (Pressefreiheit), Artikel 5 Absatz 3 GG (Kunstfreiheit) und Artikel 21 GG (Parteienprivileg). Einführend zur Thema Wahlplakatierung und zur Aufklärung über die rechtlichen Hintergründe soll zunächst auf einen Auszug aus der Ausarbeitung „Verbot der Aufstellung von Wahlplakaten und Zulässigkeit von Gebühren für das Aufstellen von Wahlplakaten im Wahlkampf“ der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestag verwiesen werden, **dieser ist im Anhang beigelegt.**

Beantwortung der Fragen:

Welche Maßnahmen wird die Stadt Siegen darüber hinaus ergreifen, um einen umweltfreundlichen Wahlkampf zu ermöglichen?

- a) Plakatwände für die Parteien nach dem Vorbild der Stadt Kamen?
Zwar werden dort durch die Stadt Kamen Plakatierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, die Grundlage ist jedoch eine parteiübergreifende Vereinbarung, wobei nicht alle Parteien sich daran beteiligt haben. Sie betrifft außerdem nur die kleinteilige Plakatierung, ausgenommen davon sind parteieigene Großflächentafeln. Die Entscheidung über ein solches Vorgehen kann die Kommune aufgrund der zu schützenden Grundrechte gar nicht treffen, hier müsste eine Vereinbarung der am Wahlkampf teilnehmenden Parteien erfolgen. Eine Verpflichtung an einer solchen Regelung mitzuwirken kann keiner Partei aufgezwungen werden.
Grundsätzlich gibt es bereits jetzt für Siegen ein freies Kontingent an Großflächen die den Parteien in Wahlkampfzeiten kostenfrei überlassen werden. Darüber hinaus erhalten die Parteien zur Nutzung der bereits vorhandenen Werbemöglichkeiten über den Rahmenvertrag der Stadt Siegen mit der Firma Stroer eine Vergünstigung.
- b) Initiierung eines runden Tisches mit allen zur Bundestagswahl antretenden Parteien?
Ein runder Tisch zu dieser Thematik ist durch die Stadt Siegen nicht vorgesehen. Wenn dies der Wunsch der Parteien ist, kann eine Räumlichkeit für die Absprache eines umweltfreundlichen Wahlkampfes zur Verfügung gestellt werden. Ein Einwirken bzw. Vorlegen von Vorgaben ist seitens der Stadt Siegen jedoch nicht angedacht, da der Wahlkampf in der Verantwortung der Parteien liegt und sich die Stadt Siegen nicht in diesen Bereich einmischen wird.
- c) Ausweitung der Plakatierungsverbotszonen nach dem Vorbild der Stadt Essen?
Nach Rücksprache mit den für Wahlen zuständigen Mitarbeitern der Stadt Essen kann mitgeteilt werden, dass dort keine Wahlplakatierungsverbotszonen festgelegt wurden. Bei der Genehmigung von Wahlplakatierung wird dort zwischen Großplakaten und Kleinplakaten unterschieden. Die Aufstellung von Großplakaten muss separat beantragt werden und die Aufstellung wird hinsichtlich von Aspekten der Verkehrssicherheit geprüft. Für die Anbringung von Kleinplakaten muss ebenfalls ein Antrag gestellt und eine Sondergenehmigung ausgestellt werden. Diese Genehmigung enthält ähnlich wie bei der Stadt Siegen vielfache Regelungen im Rahmen der Verkehrssicherheit bei der Anbringung solcher Plakate. Einziger sichtbarer Unterschied besteht darin, dass die Stadt Essen eine Liste mit Straßennamen der Genehmigung beifügt, in denen Plakate aufgehängt werden können. Nur dort darf plakatiert werden. Bei den in der Liste nicht aufgeführten Straßen handelt es sich um kleineren Straßen in denen die Plakatierung für die Parteien wenig attraktiv ist sowie um den Innenstadtbereich. Plakatiert werden soll dort hauptsächlich auf Hauptstraßen.
Ein solches Vorgehen wird für die Stadt Siegen als kritisch angesehen, da eine Eingrenzung der Aufhängungsgebiete ohne eine gefahrenabwehrrechtliche Begründung bzw. ohne dass ein besonders schützenswertes Gebiet wie z. B. ein historischer Stadtkern vorliegt, zu einer falschen Ermessensausübung führen würde.

d) Begrenzung der Anzahl der Plakate?

Aufgrund der Erläuterungen zu c) sind auch bei der Begrenzung der Anzahl der Plakate keine Einschränkungen geplant.

e) Weitere?

Es sind keine weiteren Maßnahmen geplant.

Anlagen: Auszug aus der Ausarbeitung „Verbot der Aufstellung von Wahlplakaten und Zulässigkeit von Gebühren für das Aufstellen von Wahlplakaten im Wahlkampf“ der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages